Beschluss Trans* und queere Menschen mitdenken.

Gremium:	Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum:	10.11.2021
Tagesordnungspunkt:	2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammentwurf: Kapitel:
DEMOKRATIE IN DER OFFENEN GESELLSCHAFT - Wir begreifen Vielfalt als Stärke - Gemeinsam gegen Diskriminierung: Antidiskriminierungsgesetz einführen und Antidiskriminierungsarbeit ausweiten

Zeilennummer:
293

Unsere Behörden sollen ein Spiegelbild und Dienstleister unserer vielfältigen
Gesellschaft sein.
Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind wichtige Ansprechpartner*innen für
Anliegen und
Probleme. Egal, ob es um einen neuen Pass oder um Wohngeld geht, der Gang zum
Amt sollte
für Jede*n gleichermaßen zugänglich, verbindlich und verständlich sein.
Unser Ziel ist es, die Verschiedenheit unserer Gesellschaft, die wir in NRW bereits leben und die
uns ausmacht, in unsere Verwaltung zu tragen und sie dort zu verankern. Darin unterstützen wir
unsere Landesbehörden und Kommunen. Daher intensivieren wir für alle Beschäftigten im
öffentlichen Dienst auf Landesebene Weiterbildungsmaßnahmen, die internationale Menschenrechte, Interkulturalität und Antidiskriminierung beinhalten.
Mehrsprachigkeit in
Behörden, bei der Polizei und in Notdiensten bauen wir aus, egal, ob der Kontakt online,
telefonisch oder persönlich erfolgt. Unser Ziel ist, dass öffentliche Einrichtungen die soziale und
kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden. Dafür entwickeln wir verbindliche und messbare
Zielvorgaben in den Behörden. Auch sollten sich Führungskräfte mit internationaler Biographie
in den Verwaltungen stärker miteinander vernetzen können.

...soll ersetzt werden durch...

Unsere Behörden sollen ein Spiegelbild und Dienstleister unserer vielfältigen Gesellschaft sein.
Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind wichtige Ansprechpartner*innen für Anliegen und
Probleme. Egal, ob es um einen neuen Pass oder um Wohngeld geht, der Gang zum Amt sollte
für Jede*n gleichermaßen zugänglich, verbindlich und verständlich sein.
Unser Ziel ist es, die Verschiedenheit unserer Gesellschaft, die wir in NRW bereits leben und die
uns ausmacht, in unsere Verwaltung zu tragen und sie dort zu verankern. Darin unterstützen wir
unsere Landesbehörden und Kommunen. Daher intensivieren wir für alle Beschäftigten im
öffentlichen Dienst auf Landesebene Weiterbildungsmaßnahmen, die internationale Menschenrechte, Interkulturalität und Antidiskriminierung beinhalten.
Mehrsprachigkeit in
Behörden, bei der Polizei und in Notdiensten bauen wir aus, egal, ob der Kontakt online,
telefonisch oder persönlich erfolgt. Behörden müssen für die Lebensrealitäten von queeren und
trans* Menschen sensibilisiert werden. Unser Ziel ist, dass öffentliche Einrichtungen die soziale und
kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden. Dafür entwickeln wir verbindliche und messbare
Zielvorgaben in den Behörden. Auch sollten sich Führungskräfte mit internationaler Biographie
in den Verwaltungen stärker miteinander vernetzen können.

Begründung

Gerade queere Menschen erfahren in Behörden und Institutionen massive Diskriminierung.
Auch hier gilt es gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um diese zu bekämpfen.

Unterstützer*innen

Roman Schulte (KV Köln); Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Anke Niggemann; Malte Braun (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Lars Wahlen (KV Köln); Herbert Clasen; Esther Kings (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Stefan Wolters; Katja Poredda (KV Köln); Marc Kersten (KV Köln)